

STADT HEINSBERG BEBAUUNGSPLAN NR. 58



"HEINSBERG - ECKE WESTPROMENADE/LIECKER STR."

M.: 1:500

ENTWURF: STADT HEINSBERG DER STADTDIREKTOR - PLANUNGSu. HOCHBAUAMT -

Legende :

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Zahl der Vollgeschosse Grundflächenzahl

Geschoßflächenzahl

Textliche Festsetzungen

Festsetzungen gem. § 86 Abs. 4 BauONW:

Flachdächer sind im gesamten Bebauungsplangebiet nicht zu-

Hiervon ausgenommen sind die Dächer von untergeordneten Bau-teilen wie z.B. von Aufzugsschächten.

Im gesamten Bebauungsplangebiet sind ein oder mehrere Staffelgeschosse ein gegenüber den Außenwänden des Gebäudes zurückgesetztes oberstes Geschoß · unzulässig, wenn es oder sie auf eine maximal zulässige Vollgeschoßbebauung als Nichtvollgeschoß aufgesetzt werden soll bzw.

Die Oberkante des Erdgeschoßfußbodens der Gebäude darf höchstens 0,80m über der Bordsteinoberkante liegen. Dieses Höhenmaß bezieht sich auf die Bordsteinkante, die straßenseitig in der Mitte eines jeden Grundstücks liegt.

Drempel sind bei Dachgeschossen, die keine Vollgeschosse sind, unzulässig,

Bei Dachgeschossen, die keine Vollgeschosse sind und auf die max. zulässige Geschoßzahl aufgesetzt werden, darf die Dachneigung max. 30° betragen.

Festsetzung gem. § 1 Abs. 7 BauNVO i. V. m. §9 Abs. 3 BauGB :

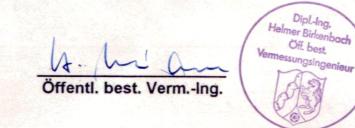
Wird im Bereich der maximal zulässigen viergeschossigen Bebauung ein Dachgeschoß als Nichtvollgeschoß auf das vierte Vollgeschoß gesetzt, so ist eine Nutzung dieses Geschosses unzulässig.

Der Grundwasserstand im Planbereich liegt bei ca. 3m unter Flur. Bei der Planung unterirdischer Anlagen (Keller, Garagen etc.) sind bauliche Maßnahmen (z.B. Abdichtungen) zum Schutz vor hohen Grundwasserständen zu berücksichtigen bzw. es ist zu beachten, daß keine Grundwasserabsenkung bzw. -ableitung - auch kein zeitweiliges Abpumpen - erfolgt, und daß keine schädlichen Veränderungen der Beschaffenheit des Grundwassers eintreten.

Verfahrensdaten :

Als Planunterlage wurde ein Katasterplan im Maßstab 1:500 verwendet. Es wird bescheinigt, daß die städtebauliche Planung geometrisch

Heinsberg . den 02.06.1997



Die Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 (1) BauGB am 17.07.1996 zu dem Bebauungsplan gehört.

Heinsberg, den 02.06.1997



Techn. Beigeordneter

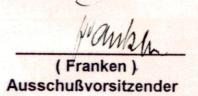
Der Rat der Stadt Heinsberg hat den Bebauungs-plan gemäß § 10 BauGB am <u>28.05.1997</u> als Satzung beschlossen.

Heinsberg, den 02.06.1997



Der Bebauungsplan ist gemäß § 2 (1) Baugesetz-buch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBL. I S. 2253) durch Beschluß des Planungs- und Vekehrsausschusses der Stadt Heinsberg vom 01.07.1996 aufgestellt

Heinsberg, den __02.06.1997



Der Bebauungsplan hat mit Begründung gemäß § 3 (2) BauGB nach ortsüblicher Bekanntmachung am 21.12.1996 in der Zeit vom 06.01.1997 bis 05.02.1997 öffentlich ausgelegen.

Heinsberg, den 02.06.1997



Der Bebauungsplan ist gemäß § 11 BauGB am

angezeigt worden. Zu diesen Plan gehört die Verfügung vom Köln, den Bezirksregierung Köln Im Auftrag

Die Beteiligung der Bürger gem. § 3 (1) BauGB hat am 18.07.1996 stattgefunden.

Heinsberg, den 02.06.1997

Der Stadtdirektor In Vertretung (Knarren) Techn. Beigeordneter

Der Planungs- und Vekehrsausschuß der Stadt Heinsberg hat gemäß § 3 (1) BauGB am 18.03.1997 über die vorgebrachten Bedenken und Anregungen beschlossen.

Heinsberg, den __02.06.1997

(Franken) Ausschußvorsitzender

Der Bebauungsplan ist gemäß § 10 BauGB am 10.01.1998 ortsüblich bekanntgemacht

Heinsberg, den ___12.01.1998



(Knoll) Bürgermeister